

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **des Unterausschusses Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses**

14. Sitzung  
28. Juni 2023

Beginn: 09.05 Uhr  
Schluss: 12.17 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Julia Schneider (GRÜNE)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

#### I. Mitteilungen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Sie stellt das diesbezügliche Einverständnis des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gemäß Einsetzungsbeschluss des Hauptausschusses vom 17. Mai 2023 jede Fraktion ein Mitglied eines Bezirksamts oder ein Mitglied einer Bezirksverordnetenversammlung benennen kann, das als sachkundige Person an den Sitzungen des UA BezPHPW teilnimmt. Die Fraktionen haben folgende Personen benannt:

- Für die Fraktion der CDU: Frau Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic aus Marzahn-Hellersdorf.
- Für die Fraktion der SPD: Herr Bezirksbürgermeister Martin Hikel aus Neukölln.
- Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Frau Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg aus Steglitz-Zehlendorf.
- Für die Fraktion Die Linke: Frau Bezirksstadträtin Camilla Schuler aus Lichtenberg.
- Für die AfD-Fraktion: Herr Bezirksverordneter Karsten Franck aus Tempelhof-Schöneberg.

Die Vorsitzende ruft die Einladung mit der Tagesordnung nebst Konsensliste und eine Mitteilung auf.

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung des Antrages unter II. festgestellt.

Die Konsensliste wird angenommen (einvernehmlich).

## II. Anträge der Fraktionen

Ein Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, den Tagesordnungspunkt 10

Bericht SenJustVA – III B 2.4 – vom 16.02.2023  
**Personalbedarf/Stellenaufwuchs JVA Heidering**  
**Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP**  
(Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung vom 12.12.2022)

[0068 B](#)  
UAVerwaltung

zu vertagen, wird einvernehmlich angenommen.

## III. Gemäß Konsensliste wird zugestimmt:

Schreiben SenIAS – I C 2 – vom 30.01.2023  
**Umsetzung des Partizipationsgesetzes**  
(Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung vom 12.12.2022)

[0067 A](#)  
UAVerwaltung

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am  
04.09.2023

Schreiben BA Reinickendorf – BzBm`in – vom  
22.05.2023  
**Personelle Unterstützung einer schnellen**  
**Entwicklung des Quartiers TXL**  
(Berichtsauftrag aus der 6. Sitzung vom 23.05.2022)

[0103 A](#)  
UABezPHPW

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 30.06.2023

Hinweis: Die Bitte um Fristverlängerung [0103](#) hat sich durch die erneute Bitte um  
Fristverlängerung [0103 A](#) erledigt.

Schreiben RBm/Skzl – CDO/SC – vom 20.06.2023  
**Projekt „Smarte Partizipation / Bürgerhaushalt“**  
(Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung vom 12.12.2022)

[0121](#)  
UABezPHPW

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am  
25.09.2023

## Bezirke

### Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht BA Steglitz-Zehlendorf – FS L – vom  
27.03.2023

Rote Nummer 0552 C

#### **Sanierungsprogramm des Bezirks Steglitz- Zehlendorf ab 2023**

(Berichtsauftrag aus der 25. Sitzung vom 12.10.2022)

(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/34 vom  
19.04.2023)

[0052 A](#)

UABezPHPW

Nach Aussprache, in der Herr Staatssekretär Schyrocki (SenFin) und Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf) Stellung nehmen, wird der Bericht [0052 A](#) zur Kenntnis genommen.

Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Beratung der Bezirke im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024/2025 am 11.10.2023 einen KLR-Statusbericht für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf vorzulegen.

(einvernehmlich; auf Antrag SPD)

### Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht BA Marzahn-Hellersdorf – Jug FS L / Jug Contr  
1 – vom 13.04.2023

#### **Steuerung der Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe nach SGB VIII im Bezirk Marzahn-Hellersdorf**

(Berichtsauftrag aus der 17. Sitzung des  
Hauptausschusses vom 18.05.2022)

[0112](#)

UAVerwaltung

Nach Aussprache, in der Herr Staatssekretär Schyrocki (SenFin) und Herr Bezirksstadtrat Lemm (BA Marzahn-Hellersdorf) Stellung nehmen, wird der Bericht [0112](#) zur Kenntnis genommen.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht BA Mitte – StadtFML – vom 03.04.2023

#### **Neubau auf dem Areal des Hauses der Statistik**

(Berichtsauftrag aus der 6. Sitzung vom 23.05.2022 und  
aus der 12. Sitzung vom 06.02.2023)

[0110](#)

UAVerwaltung

Nach Aussprache, in der Herr Staatssekretär Schyrocki (SenFin) und Frau Bezirksbürgermeisterin Remlinger (BA Mitte) Stellung nehmen, wird der Bericht [0110](#) zur Kenntnis genommen.

SenFin

wird gebeten, dem UA BezPHPW rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 hinsichtlich der 90 Meter Variante beim Neubau auf dem Areal des Hauses der Statistik zu berichten, in welcher Größenordnung zusätzliche Büroflächen gegenüber der kleineren Variante generiert werden könnten.

(einvernehmlich; auf Antrag SPD)

Welche Einsparpotentiale sieht der Senat bei dem Flächenbedarf für Büroräume der Verwaltung und welche Abmietvorlagen sind dem Senat in diesem Jahr bereits vorgelegt worden? In welchen Bezirken können in welcher Größenordnung zurzeit keine Einstellungen vorgenommen werden, weil Büroflächen fehlen?

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

#### Punkt 4 der Tagesordnung

- |    |   |  |
|----|---|--|
| a) | Bericht RBm-Skzl vom 21.06.2023<br><b>Anmeldung von Ressourcen für die Digitalisierung von Fachverfahren und Anbindung an die Bezirke</b><br>(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 23.01.2023)                             | <a href="#">0120</a><br>UABezPHPW      |
| b) | Bericht BA Mitte – BzBm – vom 06.03.2023<br><b>Digitalisierung von Fachverfahren</b><br>(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 23.01.2023)  | <a href="#">0105</a><br>UAVerwaltung   |
| c) | Bericht BA Charlottenburg-Wilmersdorf – Fin L – vom 14.03.2023<br><b>Digitalisierung von Fachverfahren im Verantwortungsbereich des BA Charlottenburg-Wilmersdorf</b><br>(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 23.01.2023) | <a href="#">0083 A</a><br>UAVerwaltung |
| d) | Bericht BA Lichtenberg – BzBm – vom 23.03.2023<br><b>Digitalisierung der Fachverfahren im Verantwortungsbereich des BA Lichtenberg</b><br>(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 23.01.2023)                                | <a href="#">0084 A</a><br>UAVerwaltung |

Der Unterausschuss beschließt einvernehmlich auf Antrag der Fraktion Die Linke, die Präsidentin um Genehmigung zur Anfertigung eines Wortprotokolls zu Punkt 4 der Tagesordnung zu bitten.

Nach Aussprache – s. Wortprotokoll –, in der Frau Staatssekretärin / CDO Klement (Skzl), Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf), Frau Bezirksbürgermeister Remlinger (BA Mitte) und Herr Bezirksbürgermeister Schaefer (BA Lichtenberg) Stellung nehmen, werden die Berichte unter a) bis d) [0120](#), [0105](#), [0083 A](#) und [0084 A](#) zur Kenntnis genommen.

#### Die Senatskanzlei

wird gebeten, dem UA BezPHPW rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 die Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, die der Entscheidung für eine dezentrale Scantechnik zugrunde lag. Inwiefern ist es technisch möglich und sinnvoll, Scantechniken/Posteingangsverarbeitungsverfahren aus Bundesbehörden wie beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit zu übernehmen.

(einvernehmlich; auf Antrag SPD und GRÜNE)

Die Fraktionen der SPD und Die Linke kündigen an, dem Büro des UA BezPHPW bis Freitag, 30.06.2023, 14.00 Uhr, Fragen zur Digitalisierung von Fachverfahren nachzureichen, die von der Senatskanzlei schriftlich rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 in einem Bericht an den UA BezPHPW beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion der SPD hat folgende Fragen schriftlich eingereicht:

1. Welche Fachverfahren haben oder planen nachweislich eine Schnittstelle in die E-Akte?
2. Inwiefern werden bei der Einführung der E-Akte in den Berliner Verwaltungen die Schnittstellen zum elektronischen Behördenpostfach und digitalen Anträgen sichergestellt?
3. Inwiefern ist eine einheitliche berlinweite Umsetzung funktionierender Schnittstellen zwischen E-Akte und IKT-Basisdiensten möglich? Und bis wann sollen diese Schnittstellen funktionsfähig sein?
4. Welche technischen, lizenzrechtlichen und finanziellen Möglichkeiten stehen für den berlinweiten Einsatz einer zeitgemäßen Scansoftware, die bspw. die automatische Erfassung, Klassifizierung, Bewertung und hausinterne Zuordnung übernimmt, zur Verfügung?
5. Wie gestaltet sich in den Verwaltungen (Senatsverwaltungen, Bezirke, nachgeordnete Behörden) der Personalaufwand für die Administration und Betreuung der Digitalen Akte? Wie viele (besetzte und unbesetzte) Stellen stehen bei der Einführung der digitalen Akte für das Akzeptanzmanagement zur Verfügung?
6. Wann gilt die Digitale Akte in einer Verwaltung als eingeführt? Wie wird die Erfolgsmessung abgesichert?
7. Wie bewertet der Senat den Vorschlag, die Bezirke von der IT-Fachverfahrensverantwortung zu entlasten?
8. Ist vorgesehen, den Jahresbericht des Rechnungshofs von Berlin (rote Nummer 0815) im IKT-Lenkungsrat gemeinsam mit den Bezirken vertiefend zu diskutieren?
9. zu TOP 4b: Wie bewertet der Senat die bestehende Unterscheidung zwischen fachgebundener Digitalisierung und fachunabhängiger Digitalisierung? Ist die Vorhaltung von Ressourcen in beiden Bereichen unter Effizienzgesichtspunkten gerechtfertigt?
10. zu TOP 4c: Wieso berücksichtigt der vorgelegte Bericht bisher nicht die Ergebnisse zur „Erfassung der Geschäftsprozesse in Adonis“, zur „Erstellung eines Lastenhefts“ und zum Fachverfahren Oktoware für den KJGD? Wieso konnte bisher kein Zeitplan mit den nächsten Meilensteinen (Ausschreibung, Testbetrieb) vorgelegt werden?

Die Fraktion Die Linke hat folgende Fragen schriftlich eingereicht:

1. Wir bitten bei der RN 0120 um die ursprünglich gewünschte Zulieferung der Ressourcen, die Senatsverwaltungen – in Absprache mit dem jeweiligen korrespondierenden Bezirk – in ihrem jeweiligen Politikfeld für die Digitalisierung der Fachverfahren und die Anbin-

- dung an die Bezirke für den Haushalt 2024/25 angemeldet haben, da diese nicht geliefert wurden.
2. Zudem fragen wir den Senat, wie er die Einlassungen des Bezirks Mitte in der RN 0105 bewertet?
  3. Ebenfalls auf RN 0105 bezogen fragen wir, ob bereits an einer automatisierten Schnittstelle zwischen Fachverfahren und der Digitalen Akte gearbeitet wird?
  4. Auch auf RN 0105 gerichtet bitten wir um einen Bericht, wie der Senat zu den genannten Vorschlägen zur Ermöglichung Digitaler Anträge und der Einrichtung eines Elektronischen Behördenpostfachs steht.

### **Regierender Bürgermeister – 03**

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
Rote Nummer 1020

[0117](#)  
UABezPHPW

#### **Umsetzung der Eckpunkte zur Verwaltungsmodernisierung**

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke  
m.d.B. um Überweisung an den UA BezPHPW  
(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/38 am 21.06.23)

#### in Verbindung mit

- a) Zwischenbericht SenInnDS vom 05.01.2023  
Rote Nummer 0400 B  
**Umsetzungsbericht E-Government-Gesetz Berlin**  
gemäß Auflage B. 30 – Drucksache 18/2400 zum  
Haushalt 2020/21 und gemäß Auflage B. 29 –  
Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23  
(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/31 vom  
15.02.2023)
- b) Bericht Senat von Berlin – Skzl CDO / VS 3 – vom  
18.04.2023  
Rote Nummer 0609 B  
**Umsetzung der #neustartagenda – Politische  
Erklärung zur Verbesserung der gesamtstädtischen  
Steuerung**  
gemäß Auflage B. 23 – Drucksache 19/0400 zum  
Haushalt 2022/23  
(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/37 vom  
07.06.2023)

[0100](#)  
UAVerwaltung

[0118](#)  
UABezPHPW

Nach Aussprache, in der Frau Staatssekretärin / CDO Klement (Skzl) Stellung nimmt, wird die Besprechung [0117](#) abgeschlossen. Die Berichte unter a) und b) [0100](#) und [0118](#) werden zur Kenntnis genommen.

Herr Abg. Ziller (GRÜNE) und Frau Abg. Klein (LINKE) erinnern an die Bitte des Unterausschusses aus der 12. Sitzung vom 06.02.2023, dem Unterausschuss die im Zusammenhang mit der Umsetzung der #neustartagenda bereits unterschriebenen sowie alle zukünftigen Zielvereinbarungen vorzulegen.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – StS D/CDO Stab D L – vom  
24.03.2023

[0058 A](#)  
UABezPHPW

**Digitalisierung des Bestellprozesses einer  
Anwohnerparkvignette**

(Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung vom 12.12.2022)

Nach Aussprache, in der Frau Staatssekretärin / CDO Klement (Skzl) Stellung nimmt, wird der Bericht [0058 A](#) zur Kenntnis genommen.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht RBm-Skzl – V B 3 La – vom 15.06.2023

[0066 B](#)  
UABezPHPW

**Entwicklung des IKT-Basisdienstes für digitale  
Kollaboration**

(Berichtsauftrag aus der 5. Sitzung vom 16.05.2022)

Nach Aussprache, in der Frau Staatssekretärin / CDO Klement (Skzl), Herr Staatssekretär Schyrocki (SenFin) und Herr Weidenhammer (SenFin) Stellung nehmen, wird der Bericht [0066 B](#) zur Kenntnis genommen.

Die Senatskanzlei

wird gebeten, dem UA BezPHPW rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 im Zusammenhang mit der Entwicklung des IKT-Basisdienstes für digitale Kollaboration über die Ergebnisse der Online-Umfrage zur Anforderungs- und Bestandsaufnahme und das weitere Verfahren zu berichten. Inwieweit können in diesem Zusammenhang auch Entwicklungen des Bundes in diesem Bereich genutzt werden?

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE und LINKE)

#### Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht RBm-Skzl – VI A 1 Ga – vom 16.06.2023

[0076 A](#)  
UABezPHPW

**Rolle der Bezirke bei der Einführung der E-Akte**  
(Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung vom 12.12.2022)

Ohne weitere Aussprache (s. hierzu das Wortprotokoll zu TOP 4) wird der Bericht [0076 A](#) zur Kenntnis genommen.

## **Inneres und Sport – 05**

### Punkt 9 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – ZS B 1 – vom 13.03.2023  
**Verteilung der angebotenen Praxisstellen für  
Auszubildende zum Beruf der  
Verwaltungsfachangestellten der Senatsverwaltung  
für Inneres, Digitalisierung und Sport**  
(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 23.01.2023)

[0061 D](#)  
UAVerwaltung

Nach Aussprache, in der Frau Staatssekretärin Dr. Böcker-Giannini (SenInnSport), Herr Staatssekretär Schyrocki (SenFin) und Herr Buske (SenInnSport) Stellung nehmen, wird der Bericht [0061 D](#) zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion Die Linke kündigt an, dem Büro des UA BezPHPW bis Freitag, 30.06.2023, 14.00 Uhr, Fragen zum Bericht [0061 D](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Finanzen schriftlich rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 in einem Bericht an den UA BezPHPW beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion Die Linke hat folgende Frage schriftlich eingereicht:

Wir bitten den Senat zu berichten, welche monetären und nicht-monetären Leistungen Praxisanleiter\*innen aktuell erhalten und welche weiteren Attraktivitätssteigerungen für Praxisanleiter\*innen der Senat noch umsetzen möchte?

## **Justiz und Verbraucherschutz – 06**

### Punkt 10 der Tagesordnung

Bericht SenJustVA – III B 2.4 – vom 16.02.2023  
**Personalbedarf/Stellenaufwuchs JVA Heidering  
Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP**  
(Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung vom 12.12.2022)

[0068 B](#)  
UAVerwaltung

vertagt; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

## **Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09**

### Punkt 11 der Tagesordnung

Bericht SenWGPG – Z B – vom 05.04.2023

**Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes**  
(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 23.01.2023)

[0087 A](#)

UAVerwaltung

Nach Aussprache, in der Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung nimmt, wird der Bericht [0087 A](#) zur Kenntnis genommen.

### Punkt 12 der Tagesordnung

Bericht SenWGPG – I E 1 – vom 14.03.2023

Rote Nummer 0087 D

**Besetzungsstand im Öffentlichen Gesundheitsdienst**  
**– 2. Halbjahr 2022**

(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 15. Sitzung  
der 18. WP vom 06.10.2017)

(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/34 vom  
19.04.2023)

[0005 B](#)

UABezPHPW

Nach Aussprache, in der Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung nimmt, wird der Bericht [0005 B](#) zur Kenntnis genommen.

Ein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, dem Hauptausschuss zu empfehlen, den Bericht zum Besetzungsstand im Öffentlichen Gesundheitsdienst zukünftig nur noch einmal im Jahr – jeweils zum 31. März – von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege anzufordern, wird angenommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

## **Bildung, Jugend und Familie – 10**

### Punkt 13 der Tagesordnung

Schlussbericht Senat von Berlin – BJJ III D 1.16 – vom  
24.01.2023

Rote Nummer 0654 A

**Gesamtstädtisches Fach- und Finanzcontrolling;**  
**Mehrbedarfe und Auswirkung der Corona-**  
**Pandemie auf Hilfen zur Erziehung**

gemäß Auflage A. 14 – Drucksache 19/0400 zum  
Haushalt 2022/23

(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/31 vom  
15.02.2023)

[0101](#)

UAVerwaltung

Nach Aussprache, in der Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) Stellung nimmt, wird der Bericht [0101](#) zur Kenntnis genommen.

SenBJF

wird gebeten, dem UA BezPHPW rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 zu berichten, wie die Auswirkungen des Flexibudgets auf die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung eingeschätzt und im Hinblick auf die kommenden Haushaltsverhandlungen bewertet werden. Außerdem wird um eine Übersicht der tatsächlichen Ausgaben aus dem Flexibudget gebeten.

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

SenBJF

wird gebeten, dem UA BezPHPW rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 darzustellen, welche Steuerungsmöglichkeiten die Bezirke im Bereich der Hilfen zur Erziehung haben.

(einvernehmlich; auf Antrag SPD)

#### Punkt 14 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – V D 1 – vom 02.02.2023  
**Qualifizierungsangebote für Fachkräfte mit  
Sprachkenntnissen für die Hilfen zur Erziehung**  
(Berichtsauftrag aus der 9. Sitzung vom 14.11.2022)

[0073 A](#)  
UAVerwaltung

Ohne Aussprache: vertagt.

(einvernehmlich; auf Antrag CDU und SPD)

SenBJF

wird gebeten, dem UA BezPHPW zum Ende des Jahres 2023 zum Bericht [0073 A](#) darzustellen, wie viele Fachkräfte auf den beschriebenen drei Wegen bereits gebunden wurden oder ihre Ausbildung beginnen konnten.

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Die Fraktion Die Linke regt an, dass sich der UA BezPHPW nach den Haushaltsberatungen 2024/2025 in einer Schwerpunktsitzung mit dem Thema Hilfen zur Erziehung befasst.

## **Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – 11**

### Punkt 15 der Tagesordnung

- a) Bericht SenIAS – LAGeSo ZS C 1 – vom 20.02.2023  
Rote Nummer 0460 A [0104](#)  
**Weiterentwicklung der Digitalisierungsprozesse und  
Verfahrensbeschleunigungen beim LAGeSo**  
(Berichtsauftrag aus der 25. Sitzung vom 12.10.2022)  
(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/32 vom  
01.03.2023) UAVerwaltung
- b) Bericht SenIAS – ZS D 2 – vom 28.03.2023  
Rote Nummer 0926 [0113](#)  
**Erreichung von Prozessoptimierungen,  
Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen  
sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten  
hier: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und  
Soziales**  
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum  
Haushalt 2022/23  
(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/34 vom  
19.04.2023) UABezPHPW

Ohne Aussprache: vertagt.

(einvernehmlich; auf Antrag CDU und SPD)

## **Finanzen – 15**

### Punkt 16 der Tagesordnung

- a) Bericht SenFin – II H 14 – vom 12.06.2023  
Rote Nummer 1028 [0119](#)  
**Globalsummenzuweisung und Aufstellung der  
Bezirkshaushaltspläne für die Haushaltsjahre  
2024/2025 und Berichterstattung zur Auflage zum  
Haushalt 2022/2023**  
gemäß Auflage B. 131 – Drucksache 19/0400 zum  
Haushalt 2022/23  
(zur Erledigung überwiesen Haupt 19/38 vom  
21.06.2022) UABezPHPW

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
Rote Nummer 1057

[0122](#)  
UABezPHPW

**Unterfinanzierung der Bezirke verhindern –  
Bürgernahe Verwaltung stärken**

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)

(vorab vom Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen)

Nach Aussprache, in der Herr Staatssekretär Schyrocki (SenFin), Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf), Frau Bezirksbürgermeisterin Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf), Herr Bezirksbürgermeister Hikel (BA Neukölln) und Herr Bezirksbürgermeister Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg) Stellung nehmen, wird der Bericht [0119](#) zur Kenntnis genommen und die Besprechung [0122](#) für erledigt erklärt.

Die Fraktionen der SPD und Die Linke kündigen an, dem Büro des UA BezPHPW bis Freitag, 30.06.2023, 14.00 Uhr, Fragen zum Bericht [0119](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Finanzen schriftlich rechtzeitig zur Sitzung am 25.09.2023 in einem Bericht an den UA BezPHPW beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion der SPD hat folgende Fragen schriftlich eingereicht:

1. Wie bewertet der Senat, dass sich bei der Plafondermittlung 2024/25 unter Zugrundelegung des Jahres 2022 mit vorläufiger Haushaltswirtschaft in der ersten Jahreshälfte ceteris paribus eine Unterfinanzierung zwingend ergeben müsste?
2. Trifft es zu, dass bei der Plafondermittlung 2024/25 inflationsbedingte Kostensteigerungen lediglich in Höhe von 2 % berücksichtigt werden, obwohl die tatsächliche Inflationsrate in Berlin bei bis zu 9 % lag bzw. liegt?
3. Welche Durchschnittssätze je zusätzlicher VZÄ einschließlich Sachkostenanteil legt der Senat für die Bezirke zugrunde und welche Entgeltgruppe ist damit realisierbar? Bewertet der Senat diese Zumessung als auskömmlich?
4. Wie bewertet der Senat die Aussage der Bezirke, dass durch die zentrale Steuerungsreserve Zukunftspakt Mittel für Regelaufgaben in Höhe von 24,7 Mio. EUR entzogen und zu einer Hälfte erst auf Grundlage von Zielvereinbarungen zurückgeführt werden? Sieht der Senat das Konnexitätsprinzip gewahrt?
5. Wie wurden die seit 2016 zur Verfügung gestellten zusätzlichen Personalmittel eingesetzt und stehen diese dauerhaft zur Verfügung?
6. Wie hat sich seit 2020 die durchschnittliche Dauer der Stellenbesetzungsverfahren entwickelt?
7. In welchen Kapiteln/Titeln und in welcher Höhe sind im laufenden DHH 2022/23 die Ausgabensteigerungen, die sich aus den Ausführungsvorschriften über Honorare für Musikschullehrkräfte (AV MuS) ergeben, etatisiert? In welcher Höhe werden Kostensteigerungen aus den AV MuS bei der Zuweisung an die Bezirke für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 berücksichtigt?
8. Der Auflagenbeschluss Nummer 134 zum Haushaltsgesetz 2022/2023 schließt im Kontext von Honorarerhöhungen eine Verteuerung des Angebots und eine Mengenreduzierung aus. Welche Möglichkeiten verbleiben den Bezirken bei einem fehlenden Ausgleich der Honorarerhöhung im Rahmen einer erhöhten Zuweisung, um der Anpassung der Honorare gemäß der AV MuS und dem o.g. Auflagenbeschluss nachkommen zu können?

9. Konnten für 2022 bereits alle Energiekostensteigerungen (auf Grundlage vorhandener Abrechnungen und der Basiskorrekturzusage) berücksichtigt werden? Für welche Tatbestände erfolgt auch für den Doppelhaushalt 2024/25 eine solche Basiskorrekturzusage zu Energiekostensteigerungen? Welche Folgen ergeben sich aus dieser Zusage und der für die Fortschreibung auf den Doppelhaushalt 2024/25 vorgenommene Sonderkalkulation in Höhe von 41 Mio. EUR?
10. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der aus bezirklicher Sicht nicht steuerbaren Ausgaben?
11. Trifft es zu, dass für freiwillige soziale Leistungen in 2024 rund 85,5 Mio. EUR zugewiesen werden sollen, die IST-Ausgaben in 2022 dagegen bei rund 115,8 Mio. EUR lagen?
12. Trifft es zu, dass im Bereich der Transfermittel Kostensteigerungen bei der Leistungserbringung z.B. durch Energiekosten oder Tarif- und Mindestlohnsteigerungen nicht berücksichtigt wurden?
13. Wie wirkt sich die Kalkulation der Zuweisungshöhe im Rahmen des Planmengenverfahrens bei a) Zahlungen an Unfallkassen und b) Angebot von Bürgeramtsterminen auf die Bezirkshaushalte aus? Trifft es zu, dass im Ergebnis Bezirke, die überproportional viele Bürgeramtstermine anbieten (die darüber hinaus auch bezirksübergreifend in Anspruch genommen werden können), dadurch benachteiligt werden?
14. Auf welche Höhe belaufen sich die Rücklagen je Bezirk getrennt nach a) Rücklagen für investive Maßnahmen, b) Rücklagen für Maßnahmen nach § 7 Schulgesetz und c) freie Rücklagen?
15. Wo sind im Doppelhaushalt 2022/23 die Mittel für Tagesreinigung an Schulen (ggf. außer in EP 27 Kapitel 2729 Titel 97101) etatisiert? Wie stellt sich der Mittelabfluss für das Haushaltsjahr 2022 dar? Könnten diese Mittel unter Berücksichtigung der verbindlichen Erläuterung in obenstehendem Titel zu anderen Zwecken verwendet werden, sodass für die Bezirke eine Streichung der Tagesreinigung zu Einsparzwecken möglich ist?
16. Wie haben sich die Jahresergebnisse der Bezirke seit 2016 entwickelt und welche bestimmenden Ursachen bzw. Trends sieht der Senat?
17. In welcher prozentualen Höhe sind die bezirklichen Haushaltsmittel durch Veranschlagungsvorgaben oder -leitlinien gebunden?
18. Wie viele bzw. welche Bezirke drohen auf Grundlage der zugewiesenen Globalsumme einen nicht verfassungs- und LHO-konformen Haushalt aufzustellen?

Die Fraktion Die Linke hat folgende Fragen schriftlich eingereicht:

1. Wir bitten um eine Ausführung, welche Auswirkungen Corona im Jahr 2022 auf den Landeshaushalt und die Bezirkshaushalte hatte?
2. Welche inflationsbedingten Mehrausgaben wurden den Bezirken im Haushaltsjahr 2022 und im ersten Halbjahr 2023 durch Mittelzuführungen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen?
3. Auf welche Weise hat der Senat die vorläufige Haushaltswirtschaft im Jahr 2022 in seine Berechnung für einen auskömmlichen Bezirkshaushalt einfließen lassen?
4. In den letzten Jahren wurden den Bezirken immer mehr Stellen zur Verfügung gestellt. Mehr Personal benötigt jedoch auch mehr Bürofläche. Inwiefern sorgt der Senat im neuen Bezirksplafond für eine ausreichende Bereitstellung von landeseigenen Liegenschaften oder übernimmt er die zusätzlichen Mietkosten im Falle nötiger Neuanmietungen?
5. Wurde in der Zuweisung an die Bezirke Vorsorge getroffen für die im Parlament beschlossenen Honorarerhöhungen bei den Musikschulen und Volkshochschulen und wenn ja, in welcher Höhe?

6. Wie und in welchem Umfang plant der Senat die Tarifsteigerungen bei freien Mitarbeiter\*innen auszugleichen und wurde in der Globalsummenzuweisung bereits Vorsorge für Tarifsteigerungen bei freien Trägern getroffen?
7. Die Senatsfachverwaltungen wurden aufgefordert, finanzielle Vorsorge für Leistungsausweitungen in den Bezirken im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen und im Zusammenhang mit bekannten bzw. absehbaren bundes- und landesgesetzlichen Anpassungen zu treffen. Welche Senatsverwaltungen haben in welcher Höhe und zu welchem Zweck eine solche Vorsorge in ihren Haushaltsplänen angemeldet?
8. Als Ausgleich für allgemeine Preissteigerungen wurden die Mittel für Tiefbau und Grünflächenunterhaltung, für Beschaffungen, die Grundstückbewirtschaftung und pauschalisierte Verwaltungsaufgaben mit Bezug auf 2023 um jeweils zwei Prozent in 2024 und 2025 erhöht. Halten sie diesen Inflationsausgleich ernsthaft für ausreichend?
9. Bei der Berechnung des Teilplafonds Personal wird unterstellt, dass die Besoldungsausgaben von 316 Mio. Euro in 2023 auf 328 Mio. Euro in 2024 und 341 Mio. Euro in 2025 anwachsen werden. Das sind Steigerungsraten von jährlich rund 3,8 %. Hält der Senat diese Planungen angesichts einer mittelfristigen zu erreichenden Anpassung an die Bundesbesoldung für ausreichend? Welche Durchschnittssätze für neu einzustellende Tarifkräfte sind dem Teilplafond Personal zu Grunde gelegt?

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zusätzlich folgende Fragen schriftlich eingereicht:

1. Beabsichtigt der Senat im Rahmen seines Beschlusses für den 11.07. noch eine Erhöhung der Zuweisung ohne weiteren Festlegungen vorzunehmen, die nach Art. 85 Abs. 2 VvB und § 26 a LHO den Bezirken ermöglicht, ihre Aufgaben wahrzunehmen?
2. Was gedenkt der Senat zu tun, wenn im Rahmen der Haushaltsaufstellung die Vorgaben der Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes im Sinne der LHO nicht von den Bezirken eingehalten werden?
3. Die Bezirke haben deutlich gemacht, dass eine Einhaltung der zugewiesenen Summe nur noch durch Einsparungen bei den sog. freiwilligen sozialen Leistungen und beim Personal bzw. auch dieses nicht mehr ausreicht. Wie gedenkt der Senat mit den drohenden Einschränkungen der bezirklichen Leistungsfähigkeit umzugehen?
4. Wie hoch waren die Ergebnisvorträge und die Rücklagen der Berliner Bezirke jeweils zum 31.12. der Jahre 2019 bis 2022?
5. Wird der Senat gesetzlich zweckbestimmte Rücklagen der Bezirke auflösen und auf welcher Grundlage wird dies geschehen?
6. In welchem Umfang werden den Bezirken voraussichtlich noch Ergebnisvorträge für das Haushaltsjahr 2025 zur Verfügung stehen?
7. Die Bezirke haben angekündigt, auch Einrichtungen schließen zu müssen. Dies können neben Bürgerämtern, Jugendfreizeiteinrichtungen auch erhebliche Kürzungen in den Leistungs- und Gesundheitsämtern sein. Dies wird ggf. nicht ohne Personalabbau nach § 47 LHO funktionieren bzw. gelingen. Dem entgegen stehen die vom Senat in den Richtlinien der Regierungspolitik formulierten Zielsetzungen:
  - a) Beabsichtigt der Senat wieder die Einführung eines Zentralen Personalüberhangmanagements?
  - b) Verabschiedet der Senat sich von dem personellen Aufbau der Berliner Verwaltung?
  - c) Wie hoch waren die Ausbildungskapazitäten im Land Berlin und in den Bezirken in den Jahren 2019 bis 2023 (einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst) in Summe der Hauptverwaltungen und in Summe in den Bezirken? Mit welchen Aus-

bildungskapazitäten plant der Berliner Senat entsprechend im Doppelhaushalt 2024/25?

- d) Wie viele Beschäftigte werden insgesamt bis zum 31.12.2025 altersbedingt aus dem Berliner Landesdienst ausscheiden und wie hoch ist der Anteil der Bezirke? Wie gedenkt der Senat im kommenden Doppelhaushalt einem ungesteuerten Personalabbau entgegenzuwirken?
- e) Wie gedenkt der Senat seine Ziele der Bürgernähe (z.B. 14 Tage Ziel in den Bürgerämtern) und Digitalisierung der Verwaltung mit weniger Personal zu erreichen?
- f) Kann der Senat angesichts der drohenden Kürzungen in den ohnehin belasteten bauenden Ämtern an den Zielen der zügigen Umsetzung der Schulbauoffensive weiter festhalten?
- g) Wie gedenkt der Senat noch mit den Bezirken zu Zielvereinbarungen zu verhandeln, wenn immer mehr Vorgaben erfolgen, aber den Bezirken keine Möglichkeiten der eigenen Schwerpunktsetzungen mehr ermöglicht werden? Sind daher Zielvereinbarungen nicht mehr beabsichtigt?
- h) Welche Unterstützung gedenkt der Senat den Bezirken bei drohenden Leistungseinschränkungen durch Schließung und weniger Personal, welches zur Steigerung der Arbeitsbelastung, Einschränkung der Motivation bei ohnehin schlechter Bezahlung als in vergleichbaren Hauptverwaltungen, zu geben?
- i) Wie gedenkt der Senat seine Ziele im Wohnungsbau und bei der Verwirklichung der Zukunftsquartiere einzuhalten, wenn neben dem Wegfall von Investitionsmaßnahmen auch bezirkliches Personal für die Bearbeitung von Bebauungsplänen oder die Erteilung von Baugenehmigungen fehlt?
- j) Wie will der Senat die Stärkung der Regelstrukturen erreichen, die beim Gipfel gegen Jugendgewalt formuliert wurden, wenn Bezirke Jugendfreizeiteinrichtungen schließen müssen?

#### Punkt 17 der Tagesordnung

Bericht SenFin – II C 15 – vom 15.02.2023  
**Flexibudget Jugend**  
(Berichtsauftrag aus der 6. Sitzung vom 23.05.2022)

[0092 A](#)  
UAVerwaltung

Ohne Aussprache: vertagt.

(einvernehmlich; auf Vorschlag der Vorsitzenden)

Hinweis: Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Bericht [0092 A](#) dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie vorab zur Verfügung gestellt.

#### Punkt 18 der Tagesordnung

Bericht SenFin vom 08.02.2023  
**Psychiatrieentwicklungsprogramm (PEP)**  
**Berechnungsgrundlage zukunftsfest für die**  
**kommenden Haushaltsjahre gestalten**  
(Berichtsauftrag aus der 9. Sitzung vom 14.11.2022)

[0099](#)  
UAVerwaltung

Ohne Aussprache: vertagt.

(einvernehmlich; auf Vorschlag der Vorsitzenden)

#### Punkt 19 der Tagesordnung

- a) Bericht SenFin – IV A – vom 19.12.2022 [0059 B](#)  
**Unterschiedliche Bewertungen bei veröffentlichten  
Stellenausschreibungen von Aufgaben mit  
Leitungsfunktion** UA-Verwaltung  
(Berichtsauftrag aus der 9. Sitzung vom 14.11.2022)
- b) Zwischenbericht SenFin – IV A – vom 29.03.2023 [0059 D](#)  
**Unterschiedliche Bewertungen bei veröffentlichten  
Stellenausschreibungen von  
Ingenieuraufgabengebieten** UA-Verwaltung  
(Berichtsauftrag aus der 8. Sitzung vom 19.09.2022)

Ohne Aussprache: vertagt.

(einvernehmlich; auf Vorschlag der Vorsitzenden)

#### Punkt 20 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Auf Vorschlag der Vorsitzende findet die allgemeine Aussprache zum Haushaltsplanentwurf 2024/2025 im UA BezPHPW zum Beginn der 2. Lesung in der Sitzung am 06.11.2023 statt.

(einvernehmlich)

Die nächste (15.) Sitzung des UA BezPHPW findet am Montag, 25.09.2023, 09.00 Uhr, statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Julia Schneider

Niklas Graßelt